

3.5 Die Modernität der politischen Ökonomie der Leveller: Die Universalität der Rationalität

Das Desinteresse der politischen Philosophie gegenüber dem Problem wirtschaftlicher Macht ist allgemein. Es lässt sich sogar bei solchen Philosophen nachweisen, die den Anspruch haben, Rücksicht auf ökonomische Fragen zu nehmen, etwa bei führenden Vertretern der Kritischen Theorie und des Kritischen Rationalismus. In Bezug auf die Leveller hatte diese Haltung die Folge, dass der für das Denken und Handeln dieser Bewegung konstitutive Kausalnexus von ökonomischer und politischer Macht in der Rückschau einfach ausgeblendet wurde. So ließ etwa der Politologe Martin Gralher (1939–2013) die Leser seiner Studie *Demokratie und Repräsentation in der englischen Revolution* wissen, er habe die »besonderen Forderungen nach Abschaffung der Monopole, des Zehnten, Veröffentlichung der Gesetze in englischer Sprache etc.« beiseitegelassen.¹⁷

Ähnliches wie für die politische Philosophie gilt für die ökonomische Theorie. Auch hier tauchen die Leveller mit so gut wie keiner Zeile auf. Dabei gehörten sie zu den ersten, die so etwas wie politische Ökonomie überhaupt zu denken wagten. Wenn politische Ökonomie mehr als bloß merkantilistische Finanzwirtschaft¹⁸ sein soll, dann sollte sie die rationale und demokratische Entwicklung von Rahmenbedingungen eines freiheitlichen Wirtschaftssystems vorantreiben. Diese Verknüpfung von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Rationalität als Grundlage des planvollen Aufbaus von Institutionen, die das Wirtschaftssystem konstituieren, begegnet uns zum ersten Mal in der Geschichte mit den drei *Agreements* der Leveller.¹⁹

17 Martin Gralher: *Demokratie und Repräsentation in der Englischen Revolution. Studien zur demokratischen Repräsentation in der Pamphletistik der Leveller im England des siebzehnten Jahrhunderts*, Meisenheim am Glan 1973, S. 147.

18 Zu den Übereinstimmungen und Gegensätzen zwischen Liberalismus und Merkantilismus siehe Eli F. Heckscher: *Der Merkantilismus*, Jena 1932, Bd. 2 Fünfter Teil *Der Merkantilismus als Gesellschaftsauffassung*, S. 243–297.

19 Anonym: *An Agreement of the People for a firme and present Peace, Upon grounds of common-right and freedome*, London 3. November 1647, British Library, Thomason Collection of Civil War Tracts, E. 412. (21.). Auch in Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 89–96. Auch in Philip Baker (Hg.), wie Anm. 12 Kap. 3, S. 52–60. Auch in Don M. Wolfe (Hg.), wie Anm. 4 Kap. 3, S. 225–234 – John Lilburne (u.a.A.): *Foundations of Freedom. Or an Agreement of the People Proposed as a Rule for future Government in the Establishment of a firm and lasting Peace*, London 10. oder 15. Dezember 1648, British Library, Thomason Collection of Civil War Tracts, E. 476. (26.). Auch in Don M. Wolfe (Hg.), wie Anm. 4 Kap. 3, S. 293–303 – John Lilburne (u.a.A.): *An Agreement of the Free People of England. Tendered as a Peace-Offering to this Distressed Nation*, London 1. Mai 1649, British Library, Thomason Collection of Civil War Tracts, E. 571. (10.). Auch in Gerald E. Aylmer (Hg.), wie Anm. 1 Kap. 3, S. 160–168. Auch in Don M. Wolfe (Hg.), wie Anm. 4 Kap. 3, S. 400–410. Für erste Information über die drei *Agreements* von November 1647, Dezember 1648 und Mai 1649 siehe den Artikel *An Agreement of the People*, <https://en.wikipedia.org/wiki/>

Aber auch dieser Gesichtspunkt wurde von manchen Geschichtswissenschaftlern verstellt. In der von Heiner Haan (1936–2015) und Gottfried Niethard verfassten, dreibändigen *Geschichte Englands* heißt es von den Levellern, dass sie »politisch unter Bezug auf naturrechtliche Ansätze weit über ihre Zeit hinausdachten«. Doch gleichzeitig notierten die beiden Autoren, Lilburne und seine Freunde hätten sich in sozial-ökonomischer Hinsicht dem »allgemeinen Trend der Moderne« verweigert.²⁰

Diese Einschätzung, die Menschenrechtsdenken und Wirtschaftspolitik trennt, verkennt den entscheidenden Punkt: Die Leveller waren gerade dadurch modern, dass durch die Anwendung des Menschenrechtskonzepts auf die Wirtschaftsordnung zum ersten Mal politische Ökonomie im umfassenden Sinne des Begriffs überhaupt entstehen konnte.

Die *Agreements der Leveller*, drei Texte, die aufeinander aufbauen, waren der Versuch, einen Gesellschaftsvertrag zu entwickeln, der eine Verfassung des Wirtschaftens enthalten sollte. Die Leveller wollten ökonomischen Grundrechten nicht anders als den politischen Grundrechten Verfassungsrang einräumen; weshalb sie verlangten, die Bürger müssten öffentlich nicht allein über eine neue Staats-, sondern auch über eine neue Wirtschaftsordnung verhandeln und entscheiden.

Diese Forderung wurde nie eingelöst. Bis heute reden Verfassungsjuristen von der »wirtschaftspolitischen Neutralität« des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Offenbar halten sie die Wirtschaftsordnung für ein unplanbares Naturprodukt, das nur durch punktuelle Interventionen von Fachleuten und Interessenvertretern beeinflusst werden kann. In keinem der heutigen Industriestaaten wurde jemals eine Wirtschaftsverfassung zur Abstimmung gestellt. Die Vorgeschichte dieser zugleich undemokratischen wie antirationalen Vorstellung von politischer Ökonomie reicht bis ins siebzehnte Jahrhundert zurück.

Rationalität wirtschaftspolitischen Handelns erschien zur Zeit der Englischen Revolution in zwei Formen, einer enger und einer weiter gefassten. Beide Formen sind bis heute paradigmatisch für verschiedene Auffassungen dessen, was Modernität überhaupt bedeutet.

Auf dem eher engen Begriff von Rationalität fußte die frühkapitalistische Ökonomie des Agrar- und Handelsmonopolismus. Deren Art zu denken und zu handeln hatte sich von den religiösen und sozialen Bindungen des Mittelalters befreit. Diese partielle Rationalität bestand darin, dass von Interessengruppen planvoll ökonomische Machtgebilde geschaffen wurden. Das rationale Wissen in Sachen Ökonomie

An Agreement of the People. Ausführlich zur Bedeutung der *Agreements* Ian Gentles: *The Agreements of the People and Their Political Contexts 1647–1649*, in: Michael Mendle (Hg.): *The Putney Debates of 1647. The Army, the Levellers and the English State*, Cambridge (u.a.O.) 2001, S. 148–174.

20 Heiner Haan, Gottfried Niedhart: *Geschichte Englands vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, München 1993, S. 178.

konzentrierte sich bei einer Minderheit sogenannter Entscheidungsträger. Noch die Nationalökonomie des zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahrhunderts steht zu großen Teilen in ebendieser Tradition.²¹

Die merkantilistischen Monopolisten und ihr Staat nutzten Rationalität selektiv zur Durchsetzung ihrer Interessen und zur Einrichtung einer autoritären Ordnung. Dieses Vorgehen war nur möglich, weil die Mehrheit des Volkes in seiner mittelalterlichen Mentalität gehalten wurde. Diese partielle Rationalität vertrat übrigens auch Locke, der seit 1695 wichtige wissenschaftliche Arbeiten in seiner Funktion im *Board of Trade and Plantations*, dem Rat für Handel und Kolonien der englischen Regierung, leistete. Obwohl der Philosoph allgemein als Wegbereiter rationalen Denkens gilt, war er doch überzeugt, die meisten Menschen hätten weder genug Vernunft noch Verstand. Er forderte daher den Einsatz religiöser Propaganda mit dem Ziel der Massenmanipulation. Fast scheint es, als habe Locke gar nicht gewollt, dass sich die Handwerker, Tagelöhner, Landwirte und Milchmädchen ihrer eigenen geistigen Fähigkeit bedienen. In seiner Schrift *Die Vernünftigkeit des biblischen Christentums* aus dem Jahr 1695 heißt es:

»Wenn sie schlichte Gebote hören, so ist das für solche Leute ein sicheres und zugleich das einzige Mittel, um sie zum Gehorsam und zum praktischen Handeln zu veranlassen. Die meisten Menschen können nicht erkennen, sie müssen glauben.«²²

Auf einem eher weiten Begriff von Rationalität fußten die Auffassungen der Leveller. Overton sprach der Rationalität eine höhere Autorität zu; sie gelte mehr als das, was aus der Tradition der Gesellschaft hervorgehe.²³ Er machte mit seinen Schriften den Bürgern Mut, sich ihres Verstandes zu bedienen, um politisch wirksam handeln zu können. Overton nahm mit dieser Haltung vorweg, was Kant viel später für ein viel kleineres Publikum und mit relativ defensiver politischer Haltung aussprechen würde. Overton hingegen klärte die Bürger darüber auf, dass sie von den Herrschenden mit Hilfe der Religion in Unwissenheit und Unfreiheit gehalten würden.

21 Eine Ausnahme bildet der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Hans Christoph Binswanger (1929–2018), der in seiner Kritik des heutigen Begriffs von Geld den merkantilistischen Ursprung des herrschenden Wirtschaftsliberalismus aufdeckte. Siehe Hans Christoph Binswanger, Paschen von Flotow (Hg.): *Geld und Wachstum. Zur Philosophie und Praxis des Geldes*, Stuttgart und Wien 1994.

22 *John Locke's Reasonableness of Christianity (Vernünftigkeit des biblischen Christentums)* 1695, mit einer Einleitung herausgegeben von Leopold Zscharnack (= Heinrich Hoffmann, Leopold Zscharnack, Hg.: *Studien zur Geschichte des neueren Protestantismus*, H. 4), Gießen 1914, S. 122, ähnlich S. 133. Zur Bedeutung dieser Schrift siehe Walter Euchner: *Naturrecht und Politik bei John Locke*, Frankfurt a.M. 1969, S. 170f, S. 286.

23 Richard Overton, wie Anm. 4 Kap. 3, S. 158f.

Den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele lehnte er ab.²⁴ Diese Attacke auf Teile des Fundaments damaliger Religiosität ist sicher nicht repräsentativ für die gesamte Bewegung der Leveller; immerhin verdeutlicht sie die rationalistische Tendenz, die aus dem radikalen Individualismus der Starkliberalen der Englischen Revolution hervorging.

Overton und seine Mitstreiter wollten die Vernunft demokratisieren, weil in ihren Augen Rationalität nur als universelle Rationalität zur vollen Geltung kommen kann. Mit dieser Absicht versuchten sie zu ermöglichen, dass alle Bürger des Landes und nicht nur eine kleine einflussreiche Gruppe, über die Wirtschaftsordnung diskutieren und entscheiden. Die Rationalität des schwachen Liberalismus ist ein Instrument der Machtbildung, die Rationalität des starken Liberalismus eines der Machtminimierung.

3.6 Der Gesellschaftsvertrag der Leveller

Hinter den *Agreements* der Leveller steht die Idee der Herstellbarkeit einer politischen Ordnung für das ökonomische Handeln der Individuen auf der Basis ihrer Vernunft (*right reason*). Das macht die Leveller zu den Erfindern der politischen Ökonomie. In Overtons Schrift *An Appeale from the degenerate Representative Body, the Commons of England assembled at Westminster* von Mitte 1647 heißt es:

»All Formes of Lawes and Governments may fall and passe away; but right Reason (the fountain of all justice and mercy to the creature) shall and will endure for ever; it is that by which in all our Actions wee must stand or fall, be justified or condemned; for neither Morality nor Divinity amongst Men can or may transgresse the limits of right reason, for whatsoever is unreasonable cannot be justly tearmed Morall or Divine, [...]«²⁵

Aus unserer heutigen Perspektive ließe sich der Gedanke dieses Zitats wie folgt fassen: Individuelle Freiheit ist nur durch rationale Planung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu erreichen. Umgekehrt kann Vernunft nur auf der Basis von Freiheit entstehen. Der Gesellschaftsvertrag ist daher nicht nur die Voraussetzung für die Existenz des Staates und die Möglichkeit einer politischen Ökonomie, er ist

24 Richard Overton: *Mans Mortalitie. Or a Treatise Wherein 'tis proved, both Theologically and Philosophically, that whole Man (as a rationall Creature) is a Compound wholly mortall, contrary to that common distinction of Soule and Body*, London 19. Januar 1644, British Library, Thomason Collection of Civil War Tracts, E. 29. (16.). Auch in Harold Fisch (Hg.): *Richard Overton. Mans Mortalitie*, Liverpool 1968.

25 Richard Overton, wie Anm. 4 Kap. 3, S. 158.